



# FRANZ SCHAUSBERGER

POLITIKER – HISTORIKER – EUROPÄER

BIOGRAFISCHE ANNÄHERUNG AN EINEN VIELSEITIGEN

CLAUS REITAN

Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien  
der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von Robert Kriechbaumer · Franz Schausberger · Hubert Weinberger

Band 52

Claus Reitan

# Franz Schausberger

Politiker – Historiker – Europäer  
Biografische Annäherung an einen Vielseitigen



2015

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR



Gedruckt mit der Unterstützung des Amts der Salzburger Landesregierung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung: Franz Schausberger, © Pressefoto Neumayr/[www.neumayr.cc](http://www.neumayr.cc)

© 2015 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien Köln Weimar  
Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, [www.boehlau-verlag.com](http://www.boehlau-verlag.com)

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Korrektorat: Laura Gozzer, Wien  
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien  
Satz: Michael Rauscher, Wien  
Druck und Bindung: Theiss, St. Stefan im Lavanttal  
Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier  
Printed in the EU

ISBN 978-3-205-79653-4

# Inhaltsverzeichnis

VORWORT . . . . .	9
ZUM GELEIT . . . . .	15
DIE WELT ZU GAST . . . . .	17
Auftakt mit Wirtschaftsgipfel und Staatsbesuchen . . . . .	17
Ein Brennpunkt ist Salzburg . . . . .	18
Die Schwungmasse nutzen . . . . .	20
WIE ALLES BEGANN . . . . .	23
Die Eltern haben sich gut ergänzt . . . . .	23
Entdeckung der Heimat und der Geschichte . . . . .	25
Entbehren pflastern den Weg . . . . .	26
Ihr Würfelzerdrücker . . . . .	27
Auf nach Salzburg, auf ins Leben . . . . .	29
Ein Semester brutale Schule . . . . .	30
Weichenstellung für die Politik . . . . .	31
Über die Kultur zum Mandat . . . . .	32
Erste Konfrontation mit dem ORF . . . . .	34
Klimawandel im Chiemseehof . . . . .	35
Auf dem Weg zum Gipfel . . . . .	36
Die Widerlegung der Legende . . . . .	37
DER LANDESHAUPTMANN . . . . .	41
Schonzeit hält keine 100 Tage . . . . .	41
Ein neues Verständnis des Amtes . . . . .	42
Entschlackungskur für das Landesrecht . . . . .	43
Tausende Zuständigkeiten . . . . .	44
Zusätzliche Millionen für das Land . . . . .	45
Notlandung für den Flughafen Salzburg . . . . .	47
Die Banalität politischer Aggression . . . . .	48
Ein respektierter Krisenmanager . . . . .	49
Verblüfft über den Linkspopulismus . . . . .	52
Tod eines Kameraden . . . . .	53
Das Gfrett mit dem Proporz . . . . .	55
Die Mühen einer neuen Ebene . . . . .	57

Harte Gegner in den eigenen Reihen . . . . .	59
Auf Offensive angelegt . . . . .	61
Eine Medizin-Uni für das Land . . . . .	62
Ein Baumeister Salzburgs . . . . .	64
Lehrstück in Sachen Demokratie und Beharrlichkeit . . . . .	67
Meilensteine für Kultur und Natur . . . . .	69
Strategisch, innovativ, authentisch . . . . .	70
Im Spiegelbild der Zeitgenossen . . . . .	71
Hoch elaborierte Würdigung . . . . .	72
 BILDTEIL . . . . .	 73
Salzburg und die Welt – Landeshauptmann international . . . . .	73
Anfänge – wie alles begann . . . . .	85
Was im Leben zählt . . . . .	89
Schausberger heute – Europapolitiker & IRE . . . . .	94
Karikaturen Thomas Wizany . . . . .	99
 KAMPAGNE BRINGT DIE WENDE . . . . .	 101
Heidi Schausberger reicht's . . . . .	102
»Das ist unmenschlich.« . . . .	104
Klarstellungen von allen Seiten . . . . .	105
Journalisten verlangen Beweise . . . . .	106
Gerüchtebörse Internet . . . . .	108
U-Richter knackt Microsoft . . . . .	109
Trost und Zuspruch aus Stadt und Land . . . . .	111
Die Politik hat es eilig, die Polizei nicht . . . . .	113
Kriminaltechniker findet Spuren . . . . .	114
In eine Doppelmühle getrieben . . . . .	115
»Die hohe Kunst der Gemeinheit« . . . . .	117
Die Masse ist das Problem . . . . .	118
Schmerzhafter Treffer ins Innere . . . . .	120
Nichts, außer Beschädigungen . . . . .	123
 DIE WAHL 2004 . . . . .	 125
Premiere der Umfragen . . . . .	125
Inszenierter Zweikampf . . . . .	126
Parallelsalom . . . . .	128
Partei gerät aus dem Takt . . . . .	129
Ausgelaugt und enttäuscht . . . . .	130
7. März 2004 . . . . .	132

Bitterer Abschied . . . . .	133
Rückblick in Versöhnung . . . . .	134
 HISTORIKER IM BRENNPUNKT DER GEGENWART . . . . .	 137
Die Geschichte kehrt zurück . . . . .	137
Konflikt und Versöhnung . . . . .	139
Die wissenschaftliche Leitfigur . . . . .	141
Die Schritte zum Historiker . . . . .	144
Lektionen der Geschichte . . . . .	145
Politisierung der Zeitgeschichte . . . . .	147
 NEUSTART MIT EUROPA . . . . .	 151
Sentimentale Renaissance . . . . .	152
Das Schwierigste ist der Kompromiss . . . . .	154
Die Stimme der Regionen . . . . .	155
Zwei Tage in Brüssel als Mitglied des Ausschusses der Regionen . . . . .	156
Eine Lebensversicherung für Gemeinden und Regionen . . . . .	157
Hohe Anerkennung ... . . . .	159
... und viele gute Wünsche . . . . .	161
Eine eigenständige Form für Europa . . . . .	162
 WAS IM LEBEN TRÄGT . . . . .	 167
Sparsam und kostenbewusst . . . . .	167
Wieder einmal zur Kommunion gehen . . . . .	168
Von der Verantwortung des Landeshauptmannes . . . . .	169
»Letztlich ist der Liberalismus unmenschlich« . . . . .	170
Auf ein Wort zu ... . . . .	174
Integration . . . . .	174
Emanzipation . . . . .	174
 ANMERKUNGEN . . . . .	 175
 LEBENS LAUF, CHRONOLOGISCH . . . . .	 179
Ausbildung . . . . .	179
Wissenschaft . . . . .	179
Beruf . . . . .	180
Politik . . . . .	181
Funktionen auf europäischer Ebene . . . . .	181
Sonstige Funktionen . . . . .	182
Preise, Auszeichnungen und Ehrungen . . . . .	183

Sonstiges . . . . .	184
VORLESUNGEN UND VORTRÄGE . . . . .	185
PUBLIKATIONEN . . . . .	191
Bücher/Broschüren/Monografien . . . . .	191
Bücher/(Mit-)Herausgeber . . . . .	192
Herausgeberschaft von Zeitschriften und Serien . . . . .	193
Aufsätze in Zeitschriften und Sammelwerken. . . . .	193
Kürzere Beiträge in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen. . . . .	200
Kommentare, Gastkommentare . . . . .	206
Größere Buchrezensionen. . . . .	208
LITERATURVERZEICHNIS . . . . .	211
FOTONACHWEIS . . . . .	213
PERSONENREGISTER . . . . .	215



## Der Landeshauptmann

Die Sache sah gut aus: Am Sonntag, den 14. April 1996, präsentierten die Obmänner der drei Landtagsparteien nach den gut einen Monat dauernden Verhandlungen ihr neues gemeinsames Arbeitsprogramm für die Tätigkeit der Salzburger Landesregierung. Franz Schausberger, designierter Landeshauptmann, sprach damals von einem schönen Ergebnis, auf welches er heute noch mit Stolz zurückblickte. Die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten unter Gerhard Buchleitner und den Freiheitlichen unter Karl Schnell war ihm wichtig: Zu viele Themen des Landes und seiner Menschen waren wegen gegensätzlicher Auffassungen und Interessen der Gebietskörperschaften, der Sozialpartner, der Parteien und der Flügel innerhalb der Parteien stecken geblieben. Museen und Einkaufszentren, Stadion- und Festspielpläne: in einer Blockade festgefahren. An den meisten Projekten waren Stadt und Land Salzburg beteiligt, als Eigentümer und als Finanziere. Beide benötigten für die Realisierung den Bund, also die Genehmigung und weitere Finanzmittel durch die Bundesregierung. Zugleich waren die spezifischen Anliegen von Kunst und Kultur, von Wirtschaft und Sozialpartnern sowie nicht zuletzt jene des Sports zu berücksichtigen. Es war in der Tat alles sehr kompliziert und komplex, hatte doch alles mit allem und jeder mit jedem zu tun. Niemand konnte etwas aus eigener Zuständigkeit alleine entscheiden oder aus eigenen Mitteln alleine finanzieren. Für die Blockade des anderen hingegen reichten die kleinen Kräfte allemal. Am Tag seiner Wahl zum Landeshauptmann, dem 24. April 1996, sagte Schausberger zu den Abgeordneten ahnungsvoll: »Ich bin mir bewusst, sehr geehrte Damen und Herren, dass ich durch ihre Wahl in ein äußerst schwieriges Amt berufen wurde.«<sup>11</sup>

### SCHONZEIT HÄLT KEINE 100 TAGE

Formal leitete die Verhandlungen für dieses Arbeitspapier der noch bis zu diesem Zeitpunkt amtierende Landeshauptmann Hans Katschthaler, dem die anderen Regierungsparteien 1994 ein gemeinsames Arbeitsprogramm verweigert hatten. Inhaltlich führte sie bereits Franz Schausberger. Im Zentrum der Vereinbarung standen Wirtschaft und Beschäftigung, wobei das Land für Technologie und Arbeitsmarkt eine Förderung von zusätzlich bis zu 100 Millionen Schilling für die nächsten drei Jahre bereitstellen wollte. Ein ebenso hoher Betrag sollte für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden. Ebenfalls fixiert wurde das Projekt »250. Geburtstag von Mozart«. Andere – ebenfalls seit Jahren in Diskussion befind-

liche – Vorhaben wurden jedoch auf die Zeit nach der damit vereinbarten Wahl von Franz Schausberger zum Landeshauptmann am 24. April 1996 verschoben.

Bekräftigt wurde die Einigkeit der drei Landtagsfraktionen mit einer geradezu feierlichen Zeremonie zur Unterzeichnung des Papiers im Sitzungssaal der Regierung im Chiemseehof. Erstmals seit 1989 gab es wieder ein Übereinkommen der Parteien. Doch die Idylle in der Stimmung und die Übereinstimmung in der Sache hielten keine 100 Tage, die anderen Landesparteien äußerten sich kritisch und herabsetzend, vor allem gegenüber der Person des Landeshauptmannes und seinem Auftreten. »Ich habe in meiner Schonzeit keine Schonzeit gehabt«, resümierte Schausberger nach knapp 100 Tagen im Amt. An seinem Urteil über die unsachliche Kritik hat sich bis heute nichts geändert. Es sei eine »unseriöse Reaktion auf drei erfolgreiche Monate« gewesen. In Tat und Wahrheit startete er zahlreiche Initiativen, setzte Akzente und lancierte Projekte. Der Journalist Norbert Lublasser sprach – ironisch überhöht und im Zusammenhang mit der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer – von Schausberger, der seit seinem Amtsantritt wie ein Derwisch durch die politische Landschaft fege. Immerhin hatte Schausberger den Slogan »Damit etwas weitergeht« affichieren lassen und legte, wie Herbert Dachs heute befindet, ein »rasantes Tempo« vor.<sup>12</sup>

#### EIN NEUES VERSTÄNDNIS DES AMTES

Wenige Tage nach der Angelobung war Franz Schausberger Gast in der Pressestunde des ORF-Fernsehens und ließ die ersten Konturen eines neuen, nämlich seines Verständnisses vom Amt des Landeshauptmannes erkennen. Er sah sich als Landeshauptbürgermeister, als Repräsentant des Landes auf dem internationalen Parkett und als Vermittler zwischen den Gemeinden, sollten diese mit Problemen konfrontiert sein. Dass er sich zugleich für mehr Möglichkeiten der Länder im Steuerwesen – bei entsprechender Verantwortung – aussprach, versteht sich da von selbst.

Journalistische Beobachter hatten einen neuen Stil und ein neues Amtsverständnis erkannt, wie der Bericht der Salzburger Nachrichten vom 2. Mai 1996 über eine mit Schausberger im SN-Saal geführte Diskussion zeigt: »Ein Landesvater ist Franz Schausberger nicht. Diese klassische Rolle hatte ihre Idealbesetzung in seinem Vorgänger Hans Katschthaler. Nach den ersten fünf Tagen im Amt scheint Salzburgs neuer Landeshauptmann jedoch seine Rolle gefunden zu haben: Er wird ›Landes-Manager‹ sein. Eine Kostprobe seiner Fähigkeiten als Pragmatiker lieferte er bei seiner ersten Diskussion im SN-Saal«, schrieben Sylvia Wörgetter und Regina Reitsamer. Die Autorinnen vermittelten in dem Bericht zugleich ihre Charakterisierung des neuen Landeshauptmannes, schrieben sie doch vom »gelernten Machtpolitiker Schausberger«. Dieser sei ein »Politfuchs« und »Insidern als überaus mächtiger Mann bekannt«, der schon lange eine »wichtige Größe« in Land und Bund sei. Damit ha-

ben die Autorinnen implizit Schausbergers Funktion als ORF-Kurator angesprochen. Mit dieser Funktion übernimmt ein Politiker zusätzlich zur Macht im politischen System eine weitere in jenem des Medienwesens, was dort allerlei Reaktion auslöste, von Anbiederung über Instrumentalisierung bis Ablehnung. Die Einschätzungen des Salzburger Politikers durch Salzburger Journalisten aller Redaktionen beruhten auf berufsbedingter Beobachtung, die nicht zwingend zu folgerichtigen Urteilen führte, aber in diesem Fall einen harten faktischen Kern hatte: Als Schausberger 1996 Landeshauptmann wurde, war er bereits 25 Jahre lang in der Politik tätig, unter anderem als Landesgeschäftsführer der Volkspartei und als deren Klubobmann im Landtag. Er und die Journalisten hatten sich bis 1996 längst eine Meinung voneinander gebildet, in Einzelfällen sogar eine differenzierte. Aber beide Seiten wussten, mit wem sie es beim jeweils anderen zu tun hatten. Schausberger sah sich – umgangssprachlich ausgedrückt – als Macher und wurde als solcher wahrgenommen.

#### ENTSCHLACKUNGSKUR FÜR DAS LANDESRECHT

Er war einen Monat im Amt, als die Salzburger Nachrichten am 25. Mai 1996 titelten: »Das Baurecht entrümpeln – Landeshauptmann Franz Schausberger reagiert auf SN-Serie über Bürokratie«. Tatsächlich haben die SN aufgezeigt, wie dicht und letztlich unübersichtlich die Bestimmungen geworden waren und wie sehr sich darin Bauwerber und Bürger verhedderten. Das hatte, wie stets in Österreich und in seinen Bundesländern, mit einer an Einzelinteressen und Anlassfällen orientierten Gesetzgebung sowie mit einer hoch entwickelten Bürokratie zu tun, die sich selbst und nicht immer die Anliegen der Bürger in das Zentrum ihres Handelns stellte. In diesem Mai 1996 zeigten die SN jedenfalls einen besonders grotesken Fall von Bürokratie auf: Wer für die Grabung eines einen Meter langen Kanalstückes die erforderliche Erlaubnis erhalten will, muss dafür in der Stadt Salzburg bis zu 16 verschiedene Behörden und Ämter schriftlich von dieser Absicht verständigen. Der zuständige Beamte habe, so die SN, dazu erklärt, die Behörden könnten den Bürgern diese Amtswege nicht abnehmen, da die Ämter kein Faxgerät hätten. Die SN präsentierten Schausbergers prompte Reaktion: »Ich werde jetzt darauf drängen, dass die Vereinfachung der verschiedenen baurechtlichen Bestimmungen noch schneller erfolgt. Die Bürger dürfen nicht länger die Dummen sein. Da ist vieles aus dem Ruder gelaufen.« Erstes Ziel war die Vereinfachung der komplizierten Bewilligungsverfahren. Für einige bauliche Maßnahmen sollte künftig eine Information an die Behörde ausreichend sein, denn bis dahin waren etwa für Zäune, eine Pergola oder eine Heizung Baugenehmigungen erforderlich.

Von der gemeinsamen Initiative von ÖVP und SPÖ zu einer Entschlackungskur für das Baurecht hatten die SN ohnedies schon Monate zuvor, am 19. Jänner 1996,

berichtet, aber es war Schausberger, der den Druck in der Sache verstärkte. Gleiches galt für die anschließend in Gang gesetzte Entrümpelung des Landesrechtes. Einen konkreten Vorschlag dazu präsentierte Schausberger am 1. Mai 1996 – da war er genau eine Woche im Amt. Mit wenigen Ausnahmen sollten alle Landesgesetze aufgehoben werden, die vor dem 1. Jänner 1960 in Kraft getreten waren, wie die SN den Landeshauptmann anhand einer Aussendung seines Kabinetts zitierten. Von den 214 Gesetzen und 170 Verordnungen, auf die das zutraf, blieben nur 17 in Geltung. Diesem Vorhaben verhalf ebenfalls die Entscheidung des Landeshauptmannes zum Durchbruch: Die Beamten des Landes hatten bereits seit 1994 am Entwurf für ein Gesetz zur Rechtsbereinigung gearbeitet. Zugleich hatte die Immobilien-Wirtschaft des Landes im Juli 1996 ihre Bedenken gegen die Bürokratie in einer von ihr beauftragten Studie bestätigt gefunden: Einige Betriebe – ein Zehntel derjenigen, welche den Fragebogen beantwortet hatten – würden wegen administrativer Hemmnisse eine Absiedlung aus Salzburg erwägen. Zu diesem Zeitpunkt hatte Schausberger bereits eine Aufgabenreform eingeleitet.

#### TAUSENDE ZUSTÄNDIGKEITEN

Eine neue hohe Funktion anzutreten bedeutet, entsprechend große Vorhaben mitzubringen und deren Umsetzung einzuleiten. Unmittelbar nach Amtsantritt verfügte Schausberger, dass die Beamten alle Zuständigkeiten der Landesverwaltung erfassen sollten. Wirklich alles, jede Kleinigkeit. »Es sind Tausende Zuständigkeiten herausgekommen«, die umgehend in zwei Gruppen gegliedert wurden. Unverzichtbar: Was muss das Land weitermachen? Und dann kamen jene Zuständigkeiten, die eigentlich abgeschafft werden könnten und bei denen sich lediglich die Frage stellte, ob das kurz-, mittel- oder längerfristig möglich ist. Bei den Recherchen zeigte sich, wieso es zu der – in Österreich üblichen – Aufblähung der Verwaltung gekommen war: Wegen des Natur- und Umweltschutzes, teils wegen des Beitrittes zur Europäischen Union, waren neue Bestimmungen und neue Zuständigkeiten geschaffen worden, ohne bestehende Kompetenzen zu bereinigen oder aufzuheben. Die Gesetzgebung war ebenfalls, nicht zuletzt wegen Einführung einiger Elemente partizipativer oder direkter Demokratie, aufwändiger geworden. Konsequenzen waren fällig. Einiges an Aufgaben wurde beseitigt, einiges ausgelagert, teils in einen halb privaten Bereich. Schausberger, der mehr als zwei Jahrzehnte an Erfahrungen mit der Landesverwaltung gesammelt hatte, übertrug die Aufgabenreform nicht an Politiker, sondern an Beamte: Die Verwaltung arbeitete aktiv in der Kommission zur Reform der Aufgaben mit. Durchaus mit Einzelerfolgen. Ein Beispiel war die Jagdprüfung, die von der Behörde an den privaten Verein Salzburger Jägerschaft übertragen wurde. »Die können das besser und schauen unter sich gegenseitig darauf, das alles korrekt abläuft«,

sagt Schausberger und ergänzt: »Für den Streitfall ist das Land dann die Instanz.« Jedenfalls wurde damit – wie in anderen Bereichen – ein komplettes Referat eingespart. Die von ihm gewählte Vorgangsweise sollte weiterhin angewendet werden: »Ich spreche weniger von Staatsreform. Ich glaube, es bringt mehr, die Aufgaben zu analysieren, denn einige sind nicht mehr zeitgemäß.« Die Jahrzehnte an Erfahrungen mit der Bedeutung von Infrastruktur und mit der Bürokratie – lokal, national und international – lassen Schausberger heute ein klares Resümee ziehen:

»Es gibt ja den Begriff des Augenmaßes, das man zwar nicht definieren kann, von dem aber jeder weiß, was gemeint ist. Es gibt Einrichtungen für die Bevölkerung, da muss man, nach einem gewissen Augenmaß natürlich, davon ausgehen, dass der Staat etwas dazuzahlen muss. Dafür erhält er letztlich die Einnahmen von den Bürgern, in Form von Steuern. Wenn sich diese Einrichtungen dann jedoch so vor sich dahin entwickeln, muss es irgendwann einen Einschnitt geben. Gänzlich staatlich ausgerichtete Institutionen entwickeln oft ein Eigenleben. Sie werden irgendwann überadministrativiert, woraufhin es notwendig ist, den Aufwand für Verwaltung zurückzunehmen. Das gelingt in den meisten Fällen. Im Staat und in der Verwaltung ist die Gefahr sehr groß, dass der Kater immer fetter wird. Dann muss man eine Fastenkur ansetzen.«

#### ZUSÄTZLICHE MILLIONEN FÜR DAS LAND

Politik ist mehr als Kommunikation, mehr als Wirtschaft im Sinne einer Sicherung von Arbeitsplätzen oder des Auslösens von Wachstum. Eine der zentralen Aufgaben jeglicher Politik besteht darin, unspektakulär genug, auf feinste Veränderungen, etwa in Eigentümerstrukturen und Rahmenbedingungen für öffentliche Unternehmen, zu achten sowie rasch und richtig mit einer strategischen Perspektive zu reagieren. Franz Schausberger stand, den Zeiten des Umbruches entsprechend, im ersten Jahr seiner Amtsführung umgehend vor zwei wesentlichen Herausforderungen: der Privatisierung von Anteilen der Landes-Hypothekenanstalt und der Nicht-Privatisierung des Flughafens.

Aufgrund wettbewerbsrechtlicher Vorgaben der Europäischen Union mussten Bundesländer ab den neunziger Jahren ihre Anteile an den Landes-Hypothekenbanken absenken. Zudem hatten sie die Haftungen für deren Kreditvolumina bis 2017 zurückzunehmen. Diese Haftungen überstiegen in Einzelfällen – nicht in Salzburg – die Höhe der Landesbudgets. Für den seit einem Jahr amtierenden Landeshauptmann Schausberger erwies sich die Angelegenheit Hypo ökonomisch als Glücks-, politisch aber als Problemfall.

Für das Jahr 1997 zahlte Salzburgs Landes-Hypothekenbank ihre Dividende. Der Jahresüberschuss nach Steuern betrug laut Salzburger Nachrichten vom 31. Mai 1997 rund 43,2 Millionen Schilling, von denen 41,6 Millionen in die Rücklagen flossen.

In genau diesem Jahr begann ein heftiges Tauziehen anderer Banken um die Anteile an der profitablen Salzburger Hypo, die sich in diesem Jahr mit einem Betrag von 112 Millionen Schilling ihrer Pensionslasten entledigt hatte. Besonders interessiert zeigte sich Raiffeisen Salzburg, allerdings erhielt der Bestbieter den Zuschlag für die 49,9 Prozent und das war die oberösterreichische Hypo-Beteiligungs-AG, eine Tochtergesellschaft der dortigen Raiffeisen-Landesbank und der Landes-Hypothekenanstalt. Der Landtag hatte den Beschluss im Oktober 1998 in geheimer Abstimmung mit 20 zu 8 Stimmen gefasst, der Preis betrug knapp 1,8 Milliarden Schilling, das entspricht 130 Millionen Euro. Die Hypo Salzburg hatte ihren Wunschpartner erhalten und die Landesregierung hatte etwas mehr an Liquidität und Manövriermasse in der Kasse, der Landeshauptmann allerdings alte Kritiker neuerlich am Hals: Die Wirtschaftskammer und Raiffeisen-Landesbank hatte sich vehement für eine »Salzburger Lösung« ausgesprochen. Sie wollten die Anteile im Land halten. Mit dem Wirtschaftsbund waren auch der Bauernbund und Wirtschaftslandesrat Arno Gasteiger parteiintern für die »Salzburger Lösung« und damit gegen die von Schausberger – rechtlich korrekte – Bevorzugung des Bestbieters aus Oberösterreich. Die Situation des Landeshauptmannes »war alles andere als einfach«, notiert dazu der Wirtschaftshistoriker Christian Dirninger.<sup>13</sup> Der Volkspartei drohte eine »Zerreißprobe«, schrieben die Salzburger Nachrichten am 22. September 1998.

Wie schwierig und enorm aufgeladen die Debatten in den Wochen zuvor gewesen sein mussten, erhellen zudem die Reaktionen auf diese Entscheidung. Der Betriebsrat hoffte ausdrücklich, dass wieder Ruhe in der Bank einkehren möge, sobald sie aus den Schlagzeilen komme. Offenbar waren Bank und Belegschaft vom wochenlangen öffentlichen Tauziehen etwas mitgenommen. Andererseits hatte Generaldirektor Manfred Holztrattner namens des Raiffeisenverbandes vor dem Landtag rechtliche Schritte angedroht, denn seiner Ansicht nach war das Verfahren zur Vergabe zu kritisieren. Schausberger blieb gelassen: Raiffeisen Salzburg habe ein verwirrendes Angebot eingereicht, für die Missverständnisse würden die Bieter und nicht die Landesregierung verantwortlich sein. Er, Schausberger, habe sich für den Bestbieter zu entscheiden. Dies nicht zu tun, hätte ihn dem möglichen – und wahrscheinlichen – Vorwurf des Amtsmissbrauches ausgesetzt. Zudem war den Bietern der »Salzburger Lösung« die Möglichkeit gewährt worden, ihr Offert zu verbessern. Für den Beschluss über den Verkauf war zudem die Zustimmung der Sozialdemokraten erforderlich. Diese hatten sich schon früh für die oberösterreichische Lösung ausgesprochen. Der Anteil der Oberösterreicher wurde in den folgenden Jahren auf 75 Prozent minus eine Aktie aufgestockt.

Während Schausberger den Verkauf der Hypo-Anteile regelrecht forciert hatte, verfolgte er hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse am Flughafen Salzburg die genteilige Strategie: nicht verkaufen, sondern für Salzburg behalten. Darin waren sich – selten genug – Landeshauptmann und Wirtschaft einig, wofür ein politischer

Kraftakt erforderlich war, denn die Republik Österreich wollte ihren Anteil zur Privatisierung feilbieten.

#### NOTLANDUNG FÜR DEN FLUGHAFEN SALZBURG

Die Bundesregierung hat es – in nahezu allen Zusammensetzungen – an sich, mit Bundesanteilen nach ihrem eigenen, ohnehin kompliziert genug zu ermittelndem Kalkül zu verfahren. Das mag dem Rechte am Eigentum entsprechen, schafft aber im Falle von Miteigentümern mit noch dazu spezifischen Interessen doch Probleme. Der Bund hielt damals, im Jahr 1997, exakt 50 Prozent der Anteile am Flughafen Salzburg, je ein Viertel gehörte der Stadt und dem Land. Unvermutet und ohne Wissen von Stadtführung und Landesregierung sollte das geändert werden. An einem Dienstag des November 1997 stand die Übertragung der Bundesanteile am Flughafen Salzburg an die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG) auf der Tagesordnung des Ministerrates. Besonders frappant: Die Übertragung erfolgte unter anderem zum Zwecke einer im nächsten Schritt möglichen Privatisierung, also des Verkaufs durch ÖIAG an andere Investoren, welcher Provenienz auch immer. Als dieser Tagesordnungspunkt kurz vor Sitzungsbeginn bekannt wurde, läuteten in Salzburg die Alarmglocken und in Wien die Telefone.

Die Miteigentümer am Flughafen, Stadt und Land Salzburg, wären von dem Vorhaben nicht informiert worden und hätten durch Zufall davon erfahren, wie Schausberger verärgert am selben Tag der Öffentlichkeit erklärte. Schausberger richtete umgehend ein Schreiben an Bundeskanzler Viktor Klima und an Vizekanzler Wolfgang Schüssel, die dank entsprechender Übertragungstechnik noch vor der Sitzung des Ministerrates am Ballhausplatz 2, 1010 Wien, eintrafen. Er protestierte darin gegen den geplanten Verkauf und schlug im Gegenzug vor, eine Nachdenkpause einzulegen. Als dann der stellvertretende Landeshauptmann Gerhard Buchleitner bei Finanzminister Rudolf Edlinger (beide SPÖ) in der Himmelpfortgasse telefonisch intervenierte, verschwand das famose Vorhaben umgehend von der Tagesordnung des Ministerrates. Salzburg hatte eine politische Notlandung bewältigt, um sich seines Flughafens sicher zu bleiben.

Schausberger und der Landesregierung, namentlich Wirtschaftslandesrat Arno Gasteiger, gelang es in der Folge, die Sache umzudrehen und den 50-Prozent-Anteil des Bundes am Flughafen durch das Land zu übernehmen. Begründet wurde dies mit der besonderen Bedeutung des Flughafens für das Land und seine Wirtschaft, insbesondere für Kultur und Tourismus, wie Schausberger 2001 anlässlich des Jubiläums »75 Jahre Flughafen Salzburg« sagte. Daher, so der Landeshauptmann in seinem Festvortrag, habe das Land »vorübergehend« seinen Einfluss verstärkt. Das wurde zur Dauerlösung: Das Land hält noch immer 75 Prozent am Flughafen. Dieser ent-

wickelt sich, wie die Verkehrszahlen bis heute zeigen, prächtig: Die Passagierzahlen stiegen seit Mitte der Neunziger von 1,2 auf 1,6 Millionen Fluggäste, obwohl sich die Anzahl der Flugbewegungen aufgrund des Anrainerschutzes und dank leistungsfähigerer Flugzeuge von 22.000 auf 18.000 verminderte.

#### DIE BANALITÄT POLITISCHER AGGRESSION

Die Auseinandersetzung zwischen konkurrierenden Politikern und Parteien spielt sich gelegentlich auf einem bemerkenswert schlichten Niveau ab, weit entfernt von den eigentlichen Themen einer Politik, die sich an den Menschen orientiert, denen sie stets zu dienen vorgibt. Franz Schausberger war – beileibe kein Einzelschicksal – von Unsachlichkeit und fehlender Fairness mehrfach negativ betroffen, konkret auch im Jahr 1999, als ein Haus für die Familie zu bauen war. Der Baugrund in Parsch, in guter Nordostlage der Stadt, war gekauft. Die Baubewilligung für das geplante Haus von Heidi und Franz Schausberger war erteilt und im Februar 1999 gültig, doch dann kam etwas dazwischen. Der Gemeinderat der Stadt Salzburg hatte sich in seiner Sitzung im April 1999 vorgenommen, die Bebauungsdichte unter anderem genau für jenes Gebiet zurückzunehmen, in welchem Schausberger sein Haus zu errichten plante. Damit war die auf den Bebauungsplänen beruhende Baubewilligung hinfällig. Ein Schelm, wer das für Absicht hält.

Die Folgen für die betroffenen Bauwerber, Heidi und Franz Schausberger, waren schmerzhaft: Das Haus wurde umgeplant, Schausbergers Bibliothek von einem nicht mehr möglichen zusätzlichen Obergeschoss in den Keller verlegt.

Auf den Hausbau in diesen Tagen von Journalisten angesprochen, meinte Schausberger, er könne sich diesen gegenwärtig nicht leisten – gemeint war aus zeitlichen Gründen, konkret wegen des Wahlkampfes für die Landtagswahl am 7. März 1999. Andere hingegen wollten verstanden haben, Schausberger könne sich den Bau finanziell nicht leisten. Die missverständliche Ausdrucksweise Schausbergers hatte für ihn die schwere Häme von Politikern der Sozialdemokraten und der Grünen zur Folge. Die Jungsozialisten unter David Brenner starteten eine ätzende Inseratenkampagne unter »Ein Hausi für Schausi« und Johann Padutsch, von 1992 bis 1999 als stellvertretender Bürgermeister unter anderem für Stadtplanung zuständig, übergoss Schausberger in einer »Medieninformation« am 22. Februar 1999 mit Zynismus. Padutsch erklärte in dem fehlerhaften Text, Schausberger könne noch immer ein relativ großes Einfamilienhaus bauen, selbst wenn dieses »doch deutlich kleiner als das jetzt baubewilligte ist«. Das hätte aber den Vorteil, dass es auch weniger koste, so Padutsch. Und weiter: Da Einwendungen nicht eingebracht worden seien, sei es rechtlich kaum möglich, die Bebauungsdichte wieder auf den alten Wert anzuheben. Gezeichnet: Bürgermeister-Stellvertreter Johann Padutsch, Schloss Mirabell.



Hier hat jemand, Padutsch, ein Amt und eine Funktion genutzt, um ohne erkennbaren Wert in der Sache – immerhin handelt es sich um eine aus Steuermitteln finanzierte Medieninformation – einem anderen Menschen in einer Weise nahezutreten, die nur als Themenverfehlung, als unsachlich und als verletzend empfunden werden kann.

Apropos Hausbau und Bibliothek: Franz Schausberger ist ein bibliophiler Mensch. Er hat stets jene Menschen beneidet, die hauptberuflich die Möglichkeit hatten zu lesen und zu schreiben, was er allen vergönnt. Gemeint sind die Wissenschaftler, zu denen er seit Jahren selbst gehört, wobei er einst, aber nur kurzzeitig erwogen hatte, Journalist zu werden. Bücher, so sagt er heute, gehören zu seinem Leben wie Essen und Trinken: »Sie sind mir lebensnotwendiges Nahrungsmittel für Geist und Seele. Manchmal fordern sie heraus, oft schenken sie wertvolle Ideen, aber immer sind sie gute Freunde.« Seine Bücher hat Schausberger in einer Bibliothek untergebracht, deren offene Regale aus einfachem, heimischem Holz, nicht aus tropischem Edelholz gefertigt sind. Dank einer überlegten Anordnung, schmaler Gänge und des Ausnutzens der Raumhöhe bei optimiertem Abstand der Bretter ergeben sich daraus in den wie zehn Finger angeordneten Regalen 240 Laufmeter um Bücher unterzubringen. Es sind nur noch wenige Plätze frei.

#### EIN RESPEKTIERTER KRISENMANAGER

Land und Leute Salzburgs wurden an der Jahrtausendwende von Katastrophen und Unfällen heimgesucht, die schwere Schäden verursachten und Dutzende Menschen das Leben kosteten, darunter auch viele Gäste des Landes. Die Tragödien lagen schwer über dem Land. Es waren dies der Brand im Tauerntunnel 1999, das Seilbahnunglück in Kaprun 2000 sowie das Hochwasser im Jahr 2002. Stets waren Hunderte Helferinnen und Helfer zur Stelle, die Rettungsorganisationen und Feuerwehren leisteten enorme Einsätze, das Land stellte aus dem Budget teils erhebliche Mittel bereit, die Nachbarschaftshilfe bestand die ihr vom Schicksal auferlegten harten Proben. Wie andere Funktions- und Verantwortungsträger hatte Franz Schausberger die seine als Landeshauptmann wahrzunehmen. Eine organisatorisch und rechtlich schwierige, sachlich heikle und zudem emotional belastende Aufgabe, wie er es erlebte.

FLACHAU/ZEDERHAUS, 29. MAI 1999 ++ BRAND IM TAUERNTUNNEL ++ 17 STUNDEN  
FLAMMEN ++ 12 TODESOPFER

Wegen eines Verkehrsunfalles musste Schausberger am 29. Mai 1999 an das Nordportal des Tauerntunnels. »Der Brand im Tauerntunnel bedeutete für mich, das erste Mal mit einem schweren Unglück konfrontiert zu sein. Erst nach unendlich langer

Zeit kam das ›Brand aus‹. Zuerst konnten die Feuerwehrleute wegen der Hitzeentwicklung nicht zum Brandherd.<sup>14</sup> Dann fuhren wir mit den Einsatzleuten in den Tunnel. Mir ist das Herz stehen geblieben, als ich die Aschekegel sah. Das waren verbrannte Menschen, verkohlt auf der Flucht. Bei diesem Unfall hatte ich ebenfalls alles zu koordinieren. Einige wollten die Unfallstelle relativ rasch räumen lassen, damit der Verkehr wieder fließen könne. Das habe ich glücklicherweise verhindert, nicht zuletzt auf dringendes Anraten meines Mitarbeiters und Juristen Leo Schitter. Es sollte zuerst so viel wie möglich an Ort und Stelle erhoben werden, denn nach einem derartigen Unfall sind weitreichende Entscheidungen über dessen Ursachen zu treffen sowie Versicherungsfragen zu klären. Kraft des Amtes erteilte ich einfach die Weisung, nicht zu räumen, bevor nicht alle Erhebungen, Dokumentationen und so weiter abgeschlossen sind. So sind schwerwiegende Fehler verhindert worden.«

KAPRUN, 11. NOVEMBER 2000 ++ BRAND IM TUNNEL ++ 155 TODESOPFER

Franz Schausberger erzählt: »An diesem Samstag, 11. November 2000, erreichten mich vormittags zu Hause rasch hintereinander zwei Anrufe wegen eines Unfalles in Kaprun, es sei eine größere Sache, ich solle umgehend kommen, so Gerhard Huber vom Roten Kreuz und Landesfeuerwehrkommandant Anton Brandauer. Also flog ich mit einem Rot-Kreuz-Helikopter nach Kaprun. Als ich dort mit den Einsatzleitern spreche, kommen die ersten Rettungsleute nach dem verheerenden Brand in der Seilbahnkabine aus dem Tunnel und sagten in ihrer totalen Erschöpfung: Es ist nichts mehr zu tun, nichts mehr zu retten. Meine allererste Reaktion war eine unendliche Betroffenheit. Ich dachte an die Opfer. An die Angehörigen, von denen einige an der Berg-, andere an der Talstation warteten. Wie managen wir das Ganze? Es war eine furchtbare Situation. Trotz der Betroffenheit muss man eine gewisse Ruhe und Übersicht bewahren können. Das war das Schwierigste. Wir waren ja alle fassungslos. Niemand hat gewusst, was tatsächlich passiert war. Wir haben in der Gemeinde mit dem Bürgermeister einen Krisenstab gebildet. Roland Ertl für das Militär, Toni Brandauer für die Feuerwehr, Franz Lang für die Gendarmerie, Gerhard Huber für das Rote Kreuz. Wir kannten einander alle. Ich habe gesagt, meine Herren, egal ob ich zuständig bin oder nicht, nach außen kann nur einer reden, ich arrogiere für mich die Sprecherfunktion. Es gab unendlich viele Anfragen, inzwischen waren Journalisten und Fernsehteams angekommen, es waren Hunderte und ich dachte an das Nächste: Was bedeutet das alles für den großen, stolzen Namen Kaprun, was bedeutet das für Salzburg?<sup>15</sup> Wir mussten alle Fragen beantworten. In den Wochen nach dem Unfall habe ich die meisten Angehörigen der Opfer besucht, zumindest in Bayern, Oberösterreich und in Salzburg. Das waren die härtesten Wege meines Lebens. Es ging bei diesen Begegnungen nicht darum, viele Worte zu machen. Es waren stille Umarmungen. Das hat am ehesten geholfen. Es gab alle

Reaktionen der Angehörigen, von der totalen Verzweiflung und der Anklage bis zum Gottvertrauen.«

SALZBURG, 12. AUGUST 2002 ++ HOCHWASSER++SALZACH-PEGELSTAND 8,30 M ++  
MEHRERE TODESOPFER

Zweimal war im Sommer 2002 ungewöhnlich schwerer Regen über den Alpen niedergegangen und hatte in Salzburg zu außergewöhnlichem Hochwasser geführt. Was war für den Landeshauptmann zu tun? Schausberger: »Das Schlimmste sind die menschlichen Katastrophen. Wie jene beim Hochwasser im August 2002, wo halb Salzburg unter Wasser gestanden ist.<sup>16</sup> Ich war unmittelbar danach im Lungau, wegen der Einsätze. Dort sehe ich einen Bach, ein Rinnsal. Doch am Tag zuvor war das noch ein reißender Sturzbach. Ein Bauer ist dort mit einem Werkzeug hingegangen, wollte das Bachbett ausräumen, damit das viele Wasser besser abläuft. Er ist hineingefallen und ertrunken. Oder das Unglück in Hallein. Eine Person geht in den Keller, und genau in diesem Moment drückt ein enormer Wasserschwall die Türe zu. Durch ein vergittertes Fenster sehen die Menschen von der Straße, wie diese Person in ihrem Keller hilflos ertrinkt. Wenn man in solchen Situationen am Ort ist, dann spürst Du, wie dich die Leute ansehen, völlig verzweifelt, und fragen: warum? Da kannst du keine Antwort geben, schon gar nicht als Politiker. Worte können ohnedies niemandem mehr helfen. Die Anteilnahme schon. Ich habe die Leute umarmt, festgehalten. Das habe ich im Gefühl gehabt. Das ist das Einzige. Du kannst nichts sagen. Das Einzige ist, da zu sein. Den Betroffenen das Gefühl zu geben, es ist jemand da, der sie versteht, jedenfalls verstehen will. Das Mitgefühl ist in diesen Situationen das Entscheidende. Und dann die konkrete Hilfe.«

Franz Schausberger hatte als Landeshauptmann in allen diesen Fällen die Koordination von Einsatz und Information sowie die Verantwortung für das Gesamte zu übernehmen. Der Regierungschef war »als Krisenmanager durchaus respektiert«, schreibt der Journalist Michael Mair.<sup>17</sup> Diesen Eindruck hatte auch Schausberger in zahlreichen Begegnungen gewonnen. Unmittelbar nach dem Unglück von Kaprun hätten ihm gegenüber die Leute spontan und freimütig ihren Respekt und ihre Anerkennung ausgesprochen. Schausberger: »Es war hoch interessant. Viele Leute, von deren Skepsis mir gegenüber ich wusste, sagten, sie seien zwar wegen des einen oder anderen Projektes gegen mich, aber was ich in Kaprun gemacht habe, das war gut.«

In dieser Phase – wir halten im Jahr 2001 – hatte Schausberger den Eindruck, dass seine Popularität »relativ hoch gewesen ist«. Daraus gewinnt er im Rückblick drei Erfahrungen.

»Ich hatte das Gefühl, dass von meinem politischen Gegner mit Sorge beobachtet wurde, wie ich zunehmend Popularität erlange. Daher hat sich, wie ich es sehe, die SPÖ 2001 nicht für Othmar Raus entschieden, mit dem ich sehr gut kooperie-

ren konnte, sondern Gabi Burgstaller zur Landesparteivorsitzenden gewählt. Man wollte dort nicht den konsensbereiten Politikertyp, sondern man wollte an der Parteispitze eine Person einsetzen, die konträr zu mir stand.«

Die aus Krisenmanagement gewonnene Popularität wird, zweite Erfahrung, relativ schnell wieder von den anderen Themen überlagert. Damals von jenen, die ständig auf der Agenda standen, beispielsweise den Debatten um das Museum am Berg, das Stadion oder das Festspielhaus.

Und drittens: Selbst die Kluft in der ÖVP – gemeint ist die Distanz des Wirtschaftsbundes gegenüber Schausberger – wurde durch die Leistungen in der Katastrophenbewältigung nicht überbrückt, wie Schausberger zur Kenntnis nehmen musste: »Wenn einem von jemandem etwas übel genommen wird, dann lässt sich das nicht überdecken.«

Einiges sitzt tief und dennoch ist manches Gedächtnis kurz, auch jenes der Politik. Denn nach diesen und anderen Katastrophen<sup>18</sup> waren sich die Bundes- und die Landespolitiker Österreichs einig: Die Kompetenz der Landeshauptleute, in solchen Fällen die Koordination wahrzunehmen und Anweisungen geben zu können, sollte aufgewertet und ausgeweitet werden. Konkret auf jene Institutionen, die Einrichtungen des Bundes sind und diesem unterstehen, etwa auf das Bundesheer. Alle waren damals, Anfang der ersten Dekade, dafür: die Klubobleute im Nationalrat, die Schausberger kontaktiert hatte, die Landeshauptleute, deren Konferenz Schausberger gerade vorstand, und selbst Alfred Gusenbauer, Vorsitzender der SPÖ (2000–2008), konnte dafür gewonnen werden. Alle hatten das grundsätzliche Einverständnis geäußert, den Landeshauptleuten mehr an Zuständigkeit und an Ermächtigung einzuräumen, um in Katastrophenfällen entscheiden und handeln zu können. Schausberger hatte es erreicht, aber zu einem Beschluss oder einer neuen sachgerechten Regelung kam es nicht, denn die Staatsreform war mit dem Konvent gescheitert. Der ehemalige Landeshauptmann sieht es heute gelassen: »Letztlich kommt es auf die faktische Situation an. Wenn beispielsweise ein Landeshauptmann eine Zuständigkeit hat und er nichts macht, ergibt selbst die Kompetenz keinen Nutzen. Wenn einer stark genug ist, wird er sich ohne Zuständigkeit durchsetzen. Das ist nicht nur eine Frage des Formalen, es ist das Faktische in der jeweiligen Situation, worauf es ankommt.«

#### VERBLÜFFT ÜBER DEN LINKSPOPULISMUS

Als Franz Schausberger 2001 in sein fünftes Amtsjahr als Landeshauptmann ging, sah er sich mit einer teils neuen, teils veränderten politischen Landschaft konfrontiert. Es war nicht mehr jene Zeit, in der er politisch sozialisiert, gebildet und geprägt geworden war. »Ich glaube, ich bin damals in die Phase des aufkeimenden Linkspopulismus hineingekommen« meint er rückblickend. Das könnte zutreffen: In Oberösterreich

rückte 2000 Erich Haider zum stellvertretenden Landeshauptmann auf, 2001 in Salzburg Gabi Burgstaller, 2002 Franz Voves in der Steiermark. Sie alle drei stellten sich – programmgemäß und daher wenig überraschend – auf die Seite der Parteibasis, der sogenannten einfachen und der Hilfe durch Politik bedürftigen Personen. Sie positionierten sich als scharfe Kritiker der von ÖVP und FPÖ gebildeten Koalitionsregierung in Wien und lehnten daher deren Reformen und Sparkurs ab, nicht zuletzt mit dem Hinweis auf Armut und zunehmende soziale Kluft. Um ihre Eigenständigkeit in programmatischen Fragen und als Landespolitiker zu zeigen, nahmen sie Konflikte mit ihrer Parteiführung in Wien gerne in Kauf. Alle drei, Burgstaller, Haider, Voves setzten diesbezüglich Akzente. Es ist ein gängiges populistisches Kalkül: Aus Stimmung gegen Wien – oder gegen Brüssel – als Sitz von zentralen Institutionen lassen sich in räumlicher Distanz leicht Stimmen für die eigene Sache machen, vorausgesetzt man ist weit genug entfernt. Schausbergers Rolle wurde damit schwieriger, strukturell und aufgrund seiner Auffassung von Politik, die eine andere war und ist: »Es ist schwierig mit jenen Politikern zusammenzuarbeiten, die immer nur die Stimme des Volkes oder Umfragen zur Richtlinie nehmen. Ich meine schon auch, man muss dem Volk, wie es heißt, auf's Maul schauen. Aber doch nicht jedem nach dem Mund reden! Hier besteht ein großer Unterschied in der Einstellung zur Politik. Ich meine, sie hat die Aufgabe, Lösungen zu entwickeln und dafür die Öffentlichkeit zu überzeugen. Das ist schwieriger als jedem Recht zu geben.«

In der Öffentlichkeit, vor allem seitens einzelner Massenmedien, seien zu Beginn des 21. Jahrhunderts jedoch vor allem jene Themen gefragt gewesen, die Interesse auslösten, Aufmerksamkeit. Die irgendwie etwas Nützliches, etwas Alltägliches oder Anwendbares ansprachen. Genau damit konnte und wollte Schausberger nicht dienen, war allerdings den Vorwürfen der Medienbranche ausgesetzt, die Themen nicht ausreichend anhand journalistischer Kriterien aufzubereiten: »Das ist uns oft vorgeworfen worden.« Aber einfache alltägliche Lebenstipps zu geben, wie es manche Landes- und Bundespolitiker unter dem Eindruck ihrer Berater vorziehen, das wäre ihm unpassend erschienen.

#### TOD EINES KAMERADEN

Es war eine Grippe, die Franz Schausberger gezwungen hatte, zu Hause das Krankenbett zu hüten, als ihn am 26. September 2001 aus dem Chiemseehof ein alarmierender Anruf erreichte. Während einer turbulenten Sitzung des Landtages war dessen Präsident Helmut Schreiner zusammengebrochen.

Schreiner war ein Freund Schausbergers, mehr noch: ein politischer Kamerad. Viele Stationen und Etappen ihrer parallel verlaufenen politischen Laufbahnen verbanden die beiden.

Von Schreiner hatte Schausberger 15 Jahre zuvor, 1976, die Funktion des Obmannes der Jungen Volkspartei übernommen. Kurz nach Schreiner war er, ebenfalls als einer der Jüngsten, als Abgeordneter in den Salzburger Landtag eingezogen. Mit Schreiner hatte Schausberger Aktionen und Initiativen für die Länder und deren Position in den Verhandlungen über den Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften entwickelt und Allianzen geschmiedet. Mit Schreiner, einem herausragenden Juristen, konkret Verfassungsrechtler, an der Seite hatte er für die Aufhebung des Proporzsystems gekämpft. Dieser Freund und Gefährte, acht Jahre älter als Schausberger und ebenfalls aus Oberösterreich, war plötzlich in einer Sitzung des Landtages zusammengebrochen. Schausberger fuhr umgehend durch die Stadt, über die Salzach, an der Altstadt vorbei und in den Chiemseehof. Als er dort eintraf, war der Freund tot. Trotz sofortigen ärztlichen Beistandes war jede Hilfe zu spät gekommen. Die Aorta war geplatzt.

Es war eine turbulente Sitzung des Landtages in diesen Septembertagen, die Schreiner zu leiten gehabt hatte. Gegner des geplanten Baus des Stadions hatten morgens in den für Besucher vorgesehen Reihen des Landtags Platz genommen. Einige Abgeordnete hatten zu Beginn der für den Vormittag angesetzten Landtagsitzung gegen das Fehlen von Schausberger protestiert. Sie wollten sich damit, wie Schausberger vermutet, vor den Besuchern in Szene setzten. Nachdem Schreiner sie zurechtgewiesen hatte, verlangten Abgeordnete der Freiheitlichen Partei eine Debatte zur Geschäftsordnung. Die Stimmung wurde noch eine Stufe emotionaler. Dies und die Vorgänge hatten Schreiner offensichtlich sehr erregt. Als unmittelbar nach der Debatte eine neue Abgeordnete angelobt werden sollte, griff sich Schreiner an die Brust und brach in seinem Sessel zusammen. Nur wenige verstanden sofort den Ernst der Situation, einige hielten den Zusammenbruch für vorgetäuscht. »Aufgehetzte Stadiongegner johlten und lachten. Ein Tiefpunkt politischer Kultur«, schreibt Schausberger in dem Helmut Schreiner gewidmeten Band »Engagement und Bürgersinn«, das im Jahr nach dessen Tod erschien.<sup>19</sup>

Wie bedeutsam die Person und die Freundschaft Schreiners für Schausberger waren, erhellt sich erst, wenn Schausbergers gesprochene und gesetzte Worte – das ist eine Menge – etwas durchgesehen werden. Was zeigt sich? Die beiden waren eines Sinnes, waren sicherlich aus ähnlichem Holz geschnitzt. Bereits ab 1971 entwickelte sich zwischen den beiden – Schreiner als jüngstem Abgeordneten, Schausberger als jungem Klubsekretär – eine »fundierte und nachhaltige Freundschaft«. Beide befassten sich mit Kultur und Bildung sowie eingehend mit der Landesverfassung. Beide sind im christlich-sozialen Wertesystem fest verankert. Wie Schausberger lehnte auch Schreiner jeglichen Populismus und eine lediglich symbolische Politik zutiefst ab. Sie waren sich einig über die Prinzipien von Subsidiarität und Föderalismus, betonten beide die notwendige Eigenverantwortung des Menschen und stimmten letztlich in der Kritik an einem gelegentlich verantwortungslos agierenden Medi-

enwesen überein, auf welches die Politik zunehmend angewiesen sei. Und sie waren füreinander die einzigen Politiker in ihrem unmittelbaren Umfeld, die sich als Wissenschaftler austauschen konnten. Das ist sehr viel für eine späte Freundschaft.

Schausberger will übrigens an Schreiner als Klubobmann eine »gewisse Unduldsamkeit« und einen »Mangel an Fähigkeit, zu delegieren« festgestellt haben. Das haben manche Freunde auch an Schausberger beobachtet – und er hat es bis heute nicht bestritten, dass dies eine zutreffende Beobachtung sein könnte.

Wie blickt Franz Schausberger nun auf diese Zeit zurück, mehr als ein Jahrzehnt nach Schreiners Tod und nach dem für ihn so negativ verlaufenen Wahljahr 2004? »Schreiner war eine unendlich wichtige Säule. Für das Land, für die Politik, für mich. Er hat als Verfassungsrechtler mutig für die Länder gekämpft. Er war eine strategisch, grundsatzpolitisch denkende Persönlichkeit. Er war für mich moralisch eine große Stütze. Ich weiß nicht, ob wir nicht mit seiner Hilfe in den schwierigen Situationen der folgenden Jahre eine Strategie gefunden hätten, um aus so manchem Dilemma herauszukommen. Er war ein Kämpfer, ein mutiger. Er war eine Hilfe für mich. Dass ich ihn verloren habe, das ist zu all den Schwierigkeiten dieser Jahre noch dazugekommen. Das muss ich sagen.«

#### DAS GFRETT MIT DEM PROPORZ

Zu jenen Themen, welche die Politik ausdauernd beschäftigen, die Öffentlichkeit hingegen etwas ermüden, gehört der Proporz. Darin teilt der Proporz das Schicksal mit dem Wahlrecht, konkret der Wahlarithmetik, also der Einteilung von Wahlbezirken und dem Verfahren zur Ermittlung von Mandaten. Denn auf dem Zählen und Gewichten von Stimmen baut dann in der Demokratie die Macht in diesen Staaten auf. Mit dem Proporz hat sich Schausberger mehr als ein Jahrzehnt befasst, ehe er zwei wesentliche Ziele erreichte: Herauszufinden, was daran geändert werden soll, und es umzusetzen.

Das Ergebnis ist die Abschaffung des Proporztes in Salzburg, lange von einigen vorbereitet, etwa dem Politikwissenschaftler Herbert Dachs, aber letztlich am 22. April 1998 unter Landeshauptmann Franz Schausberger im Landtag beschlossen. Es ist und bleibt, wie er sagt, die »grundlegendste Änderung« in der Verfassungsgeschichte Salzburgs, also ab der Geburtsstunde der Republik Österreich.

Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit ist Bestandteil der Machtzuteilung in einer Demokratie. Jede politische Partei ist dem Anteil ihrer Stimmen entsprechend in Organen und Gremien vertreten, beispielsweise dem Landtag. Um bürgerkriegsartige Konfrontationen zu vermeiden, erhielten die Bundesländer 1921 in ihren Verfassungen zudem Proporzregierungen, wobei Wien sich für eine Mischform entschied. Jedenfalls sollte keine Partei, wenn sie in einem Landtag vertreten ist, von der Regierung ausge-

geschlossen sein, sondern jede sollte an ihr beteiligt werden. Die Sache hat einen Vorteil und einen Nachteil. Selbst kleine Parteien sind mit allen Rechten und Möglichkeiten hinsichtlich Posten, Positionen und Informationen an der Regierung beteiligt, können sich aber dann strategisch optimierend verhalten, indem sie für ihre Zustimmung zu Regierungsprojekten Zugeständnisse einfordern oder mit deren Ablehnung ihre Aussichten auf mehr Stimmen bei der nächsten Wahl erhöhen. Im Klartext: Man kann in der Regierung sitzen, aber Opposition spielen. Das war die Strategie der Freiheitlichen, weswegen das Proporzsystem in den neunziger Jahren sein Ablaufdatum erreichte. Weniger, weil Rot und Schwarz es ausgehebelt hätten, sondern weil es die Freiheitlichen auf Geheiß von Jörg Haider (1950–2008) missbrauchten, um das politische System ad absurdum zu führen, indem sie es als unfähig und abgehoben diskreditierten. Dieses Verhalten der Freiheitlichen in Bezug auf den Proporz war in den neunziger Jahren das Hauptproblem im Salzburger Landtag, erinnert sich Schausberger:

»Die Freiheitlichen waren zuvor für die Volkspartei meist ein verlässlicher Partner. Mit der Beseitigung der alten Garde in der FPÖ ab dem Zeitpunkt der Machtübernahme durch Jörg Haider (1986) hat sich das in Salzburg verändert. Karl Schnell wurde 1992 Landesparteiobmann und mit seinem Eintritt in die Landesregierung wurde alles über den Haufen geworfen. Die Freiheitlichen wurden zu einem völlig unberechenbaren Partner. Die FPÖ wollte Regierung und Opposition in einem sein und das funktioniert nicht in einem Proporzsystem. Dieses System schlitterte in die Erstarrung, es hatte sich völlig überlebt. Daher gab es ab 1992 zuerst in Salzburg und dann in Tirol eine Debatte über die Abschaffung des Proporzsystems.« Die Hoffnung war, dass es in den Landtagen zu freien Meinungsbildungen und zu einer lebendigen Demokratie kommen würde.

Als Schausberger im zweiten Amtsjahr (1997) die Zustimmung der SPÖ zur Beseitigung des Proporztes erreichen wollte, waren drei Bedingungen zu erfüllen: Die Sozialdemokraten verlangten die Abwahl von Karl Schnell, Einstimmigkeit in der Regierung und die Zusage, dass nach der nächsten Landtagswahl (1999) jedenfalls eine gemeinsame Koalition von ÖVP und SPÖ gebildet werde. Darüber waren sich Schwarz und Rot schließlich einig, wobei die FPÖ ihnen nach dem Überstundensskandal mit der Datenklauaffäre einen zweiten Anlass geboten hatte, sie als unseriös und unzuverlässig aus der Regierung zu kippen: Von einem Computer im Gebäude der Landesregierung ausgehend, welcher den FPÖ-Büros zuzuordnen war, hatte jemand den Rechner des SPÖ-Regierungsmitgliedes Gerhard Buchleitner geknackt. In den illegal besorgten Dateien ging es um Personalwünsche an die Politik. Der Vorfall stellte einen eklatanten Missbrauch und Vertrauensbruch dar, von rechtlichen Erwägungen einmal abgesehen. Schnell hatte dann die Unverfrorenheit, das als Rechercheversuch auszugeben, um den anderen Fraktionen eine parteiiche Personalpolitik nachzuweisen. Das wurde ein Bumerang. Prompt tauchte in der Öffentlichkeit ein Schreiben der FPÖ mit einem Personalwunsch an die Politik auf.





ANDREAS KHOL, GÜNTHER OFNER,  
STEFAN KARNER, DIETMAR HALPER (HG.)

**ÖSTERREICHISCHES JAHRBUCH  
FÜR POLITIK 2014**

Seit mehr als 35 Jahren versorgt das »Österreichische Jahrbuch für Politik« alle an Politik Interessierten mit Informationen über das politische Geschehen in Österreich und der Welt.

Sachlich und überparteilich dargestellt von den namhaftesten Politikwissenschaftlern, Ökonomen, Politikern und Sozialforschern dieses Landes.

Im Zentrum des Jahrgangsbandes 2014 stehen die Budget- und Wirtschaftspolitik, die Wahlen zum Europäischen Parlament, die Entwicklung der Parteien und des politischen Systems und weitere Themen der Innenpolitik des Jahres 2014.

2015. 504 S. ZÄHLR. TAB. UND GRAF. BR. 170 X 240 MM.  
ISBN 978-3-205-79635-0



MICHAEL MAIR

**ERDBEBEN IN DER PROVINZ**

MACHTWECHSEL UND POLITISCHE  
KULTUR IN ÖSTERREICHISCHEN  
BUNDESLÄNDERN

Rote Landeshauptleute in Salzburg und der Steiermark; in Kärnten nach der SPÖ Jörg Haider und dann dessen Erben die Nummer eins; in Oberösterreich eine schwarz-grüne Koalition; schließlich Skandale, die in Kärnten und Salzburg neuerlich keinen Stein auf dem andern lassen – wie haben diese „Erdbeben“ die politische Kultur der Bundesländer verändert? Antworten liefern Wahlkampf-Analysen und Umfragen und im „Originalton“ auch fast 50 Gesprächspartner von „A“ wie Akteure bis „Z“ wie Zeitzeugen; „Farbe“ geben Reportagen; am Ende werden in einem Quervergleich Schlussfolgerungen gezogen.

2013. 253 S. 15 S/W-ABB. BR. 170 X 240 MM. | ISBN 978-3-205-78862-1

BÖHLAU VERLAG, WIESINGERSTRASSE 1, A-1010 WIEN, T: +43 1 330 24 27-0  
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR

Franz Schausberger, Salzburgs Landeshauptmann (1996–2004) der Zeitenwende. Er brachte die internationale Wirtschaft und Politik an die Salzach. Er realisierte Projekte für Kunst und Kultur. Im größten zivilen Unglück seit 1945, dem Seilbahnunglück in Kaprun, war er vielgeachteter Landesvater. Doch dann sollte sich sein Schicksal wenden. Dirty Campaigning verursachte eine Wahlniederlage. Als Gründer und Präsident des Instituts der Regionen Europas arbeitet er seit 2004 für die Zukunft des Kontinents.



9 783205 796534

ISBN 978-3-205-79653-4 | [WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM](http://WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM)